

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Straße 1. I. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Zur Lage der Lackierer.

Die gewaltigen Erschütterungen des letzten Jahrzehnts haben unsere ganze Wirtschaft von Grund aus verändert und unser Erwerbsleben in neue Bahnen gedrängt. Große Industrien, die in Deutschland felsenfest verankert schienen, haben ihren Schwerpunkt in andere Länder verlegt, weil bei uns zu Zeiten alle Voraussetzungen für eine gesunde Fortentwicklung fehlten. Andere mußten sich den neuen Bedürfnissen gemäß umstellen. Der Bezug von unentbehrlichen Rohmaterialien war durch die jahrelange Blockade und den mit andern Mitteln fortgesetzten Wirtschaftskrieg unterbunden, die internationalen und besonders die überseeischen Handelsbeziehungen waren zerstört, und die durch das Völkermorden erzeugte Atmosphäre von Haß und Mißgunst erschwerte jede Verständigung, so sehr sich auch die Völker nach einer Entspannung sehnen mochten.

Die Abspernung vom Weltmarkt bedingte eine Umstellung auf inländischen Bedarf. Allmählich bahnt sich ja auch eine Stabilisierung auf wirtschaftlichem Gebiete an. Wenn auch die Umwandlung auf einer neuen Grundlage friedlicher Entwicklung noch nicht endgültig abgeschlossen sein dürfte, so hält es der Verbandsvorstand doch für dringend erforderlich, schon jetzt eine neue Erhebung über die beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Berufsangehörigen in den verschiedensten Zweigen der Industrie vorzunehmen. Sind doch die Lackierer durch die Veränderungen ganz außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen. Nicht nur in den Hauptbetriebsarten, dem Verkehrswesen, der Maschinen- und Bedarfsartikelbranche sind Tausende unserer Kollegen tätig, sondern in fast allen Industriezweigen überhaupt ist man mehr und mehr dazu übergegangen, die erzeugten Produkte vollständig verkaufsfertig in eigenen Lackier- und Malerwerkstätten herzustellen. Über darüber hinaus haben sich unzählige Unternehmungen, Fabriken, Warenhäuser usw. durch Errichtung eigener Lackierwerkstätten von den Lackierereien als Hauptgewerbe freigemacht, das immer mehr zu einem den Hauptbetrieben angegliederten Nebengewerbe wird, ohne dadurch an Bedeutung in der Warenherstellung einzubüßen.

Aber auch viele größere Werke und Unternehmungen aller Art schaffen sich eine weitgehende Unabhängigkeit vom Maler- und Lackierergewerbe überhaupt, indem sie für die bauliche Instandhaltung ihrer Betriebe Maler-, Lackier- und Anstreichergehilfen in eigener Regie beschäftigen und oft gut eingerichtete Werkstätten unterhalten.

Ihrer im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft derartiger Betriebe geringen Zahl wegen kommt unsern Kollegen dort selten eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Wir müssen oft die Beobachtung machen, daß der Vertretung ihrer Interessen von den maßgebenden Berufen nicht die Beachtung zuteil wird, wie es bei den besonders gelagerten Berufsverhältnissen dieser Kollegen erforderlich wäre. Es sei hier nur an die vielseitigen gesundheitlichen Berufsgefahren durch die Verarbeitung giftiger Farbstoffe und Bindungs- beziehungsweise Verdünnungsmittel erinnert, die nur von der Berufsorganisation voll gewürdigt und systematisch und erfolgreich bekämpft werden können.

Zudem ist der Wechsel der Arbeitsstellen besonders stark. Mit Ausnahme der Spezialarbeiten in der Lackierung hochwertiger Industrieerzeugnisse, die einen Stamm besonders gut ausgebildeter Kräfte erfordert, können sich gelernte Arbeiter meist in kurzer Zeit in vielen Branchen einarbeiten. Sie kommen oft von einem Betrieb in den andern, kehren wieder zum Malergewerbe als ihrem Ausgangspunkt zurück und werden kaum auf die Dauer in einem fremden Beruf oder in einer bestimmten Branche heimisch.

Es ist klar, daß eine umfassende Feststellung der beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer Arbeiterchaft, die in allen Verästelungen der ganzen hochentwickelten Industrie zerstreut ist, außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden hat. Wir haben deshalb von einer Befragung jedes einzelnen Kollegen Abstand genommen und einen Berufsfragebogen ausgearbeitet, der die Unterlagen für eine im Frühjahr 1925 geplante Lackiererkonferenz schaffen soll und uns bei genügender Beteiligung sicher eine aus-

gezeichnete Kenntnis über die gegenwärtige Lage der Lackierer vermitteln wird.

Die vorbereitete Statistik ist auf den Grundlagen unserer früheren Erhebungen in den Jahren 1910, 1915, 1919 und 1921 aufgebaut und durch einige Fragen ergänzt, die besonders auf die neuzeitlichen Verhältnisse und erweiterten Gesundheitsschutz zugeschnitten sind.

Die Fragebogen sind den Filialen bereits in genügender Anzahl zugeföhrt. Jeder Verbandskollege Sorge dafür, daß kein Betrieb übergangen wird. Für jede Möbel- oder Wagenlackiererei, für jeden Fabrikbetrieb oder sonstige Unternehmung in der Maler-, Lackierer-, Lackiererinnen oder Anstreicher mit Berufsarbeiten in der Warenerzeugung oder als Hausmaler beschäftigt werden, ist ein Betriebsfragebogen auszufüllen und spätestens Anfang Dezember der Filialverwaltung zurückzugeben. Den Lackierersektionen und Betriebsvertrauensleuten muß die weitestgehende Unterstützung zuteil werden. Nur bei ernsthafter Mitarbeit aller in der Industrie beschäftigten Kollegen ist die Erhebung so umfassend durchzuführen, daß sie ein untrügliches Bild der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergibt. Ausprechen, was ist! Wer erkannt hat, daß seine Lage verbessert werden muß, der helfe mit, die Mißstände zu beseitigen.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Wie bei der vorgeschrittenen Jahreszeit vorauszusehen war, hat das nochmalige Aufblatzen der Geschäftslage im September nicht bis zum Ende des Monats Oktober angehalten. Dennoch ist das Malergewerbe noch ziemlich gut beschäftigt und wird, wenn die Witterung nur einigermaßen mild bleibt, wahrscheinlich nur langsam abflauen. Weniger befriedigend liegen die Verhältnisse in der Industrie. Wie schon während des ganzen Sommers, wird auch jetzt noch das Gros der Arbeitslosen von unsern sonst in Lackierereien und industriellen Betrieben beschäftigten Berufsangehörigen gestellt. Allerdings macht sich allmählich im Malergewerbe jene Auswahl von Arbeitskräften bemerkbar, die alljährlich mit dem Beginn des Herbstes einsetzt und von nachtragenden Unternehmern nicht immer nur auf Grund der beruflichen Tüchtigkeit und der Verwendbarkeit im Betriebe vorgenommen wird, sondern sehr oft zur Ausübung kleinlicher Rache und zur zeitweiligen Wiederauffrischung des „Herren-im-Hauser-Standpunktes“ ausgenützt wird.

Von 128 Filialen, die bis zum 8. November berichtet haben, wurden von 37018, davon 202 weiblichen Mitgliedern, 1297 männliche und 5 weibliche, zusammen 1232 Arbeitslose, das sind 3,3 vom Hundert der erfaßten Mitglieder, gezählt. Die Ergebnisse der vorhergehenden Monate seit Januar 1923 sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Monat	Erwerbstätigen		Mitgliederzahl in den Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1923	1924	1923	1924	1923	1924	1923	1924
Januar ..	150	140	53 998	43 487	6 858	23 706	12,7	54,5
Februar ..	149	135	53 118	40 780	7 803	20 641	14,7	50,6
März	149	130	54 325	40 071	6 312	5 016	11,6	12,5
April	146	129	54 119	38 420	4 498	1 067	8,3	2,8
Mai	147	131	52 754	40 562	2 114	467	4,0	1,1
Juni	149	133	52 063	37 778	1 602	688	3,1	1,8
Juli	148	135	52 023	33 389	1 349	815	2,6	2,4
August ..	132	133	46 721	36 807	4 890	1 149	10,5	3,1
September	135	132	49 089	37 390	9 924	871	20,2	2,3
Oktober ..	118	128	40 843	37 018	16 157	1 232	39,6	3,3
November	122	—	45 551	—	16 875	—	45,8	—
Dezember	119	—	42 897	—	22 864	—	53,3	—

Durch die ungünstigen Lichtverhältnisse ist im Malergewerbe fast allgemein eine kürzere Arbeitszeit in den Wintermonaten üblich und in den Tarifen festgelegt. Bei der Feststellung über sogenannte Kurzarbeit soll diese Winterarbeitszeit nicht als solche aufgefaßt werden, da es sich dabei um durchaus normale, das heißt tarifliche Arbeitszeit handelt. Dagegen sollten alle Fälle mitgezählt werden, wo beispielsweise ein Teil der Beschäftigten eines Betriebes abwechselnd eine Woche aussetzt, da hierbei dieselben Merkmale der Kurzarbeit in Frage kommen, wie wenn nur halbe Tage gearbeitet wird. Nach diesen Voraussetzungen ist schon bisher allgemein gehandelt worden und nach unsern Feststellungen die Zahl der Kurzarbeiter von 774 im September auf 681 männliche und 78 weibliche im Berichtsmonat zurückgegangen.

Nicht berichtet haben die Filialen: Bunzlau, Elbing, Järfstenwalde, Gleiwitz, Glogau, Greifswald, Grünberg,

Sindenburg, Hirschberg, Hoyerswerda, Jüterbog, Rattowitz, Landeshut, Landsberg a. d. W., Schneidemühl, Sorau, Spremberg, Straßund und Lüßi vom 1. Bezirk; Friedberg, Marburg, Neumied, Oberstein, Saarbrücken, Trier und Worms vom 2. Bezirk; Bremerhaven, Oldenburg, Osnabrück und Rendsburg vom 3. Bezirk; Altena, Datteln, Detmold, Düren, Hamm, Lippstadt, Lüdenscheid, Mörs, Siegen, Solingen und Wesel vom 4. Bezirk; Eisenach vom 5. Bezirk; Karlsruhe, Lahr und Pforzheim vom 6. Bezirk; Bamberg, Passau, Rosenheim, Schweinfurt, Straubing und Weiden vom 7. Bezirk. Öffentlich bewirkt diese Mahnung eine stärkere Beteiligung für die nächsten Monate.

Was bedeuten die Reichstagswahlen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Große außen- und innenpolitische Entscheidungen hängen vom Ausgang der Wahlen ab. Außenpolitisch geht es um die friedliche Lösung der Reparationsfrage, innenpolitisch um die Republik. Die überragende Bedeutung des Wahlausganges am Scheideweg der deutschen Politik zwischen Krieg oder Frieden, Monarchie oder Republik darf aber nicht die ungeheure Wichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen verdunkeln. Je größer die Notlage des Landes, um so mehr fühlen die einzelnen Volksklassen die Eingriffe des Staates, um so wichtiger ist es, wie diese ausfallen. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens stehen grundlegende Änderungen bevor, deren Richtung vielfach vom Ausgang der Wahlen bestimmt sein wird.

Für die Produktions- und Preispolitik heißt es: Soll das Monopolkapital, sollen die Trusts und Kartelle unbehindert und ohne Kontrolle schalten und walten? Ein gewaltiger Zug zur Kartellierung hat schon neu begonnen, neue Kartelle in der Schwerindustrie, in der chemischen und der Textilindustrie sind im Entstehen begriffen. Ihr Zweck ist geregelte Produktionsbeschränkung und Ausschaltung der Preis Konkurrenz. Soll das Monopolkapital die Preise willkürlich diktieren? Betriebsstillegungen nach Belieben durchführen? Die Rechtsparteien als Vertreter des Kapitals werden dies nicht hindern.

Zur Verbilligung der Lebenshaltung sind unter andern Förderung der Einfuhr lebensnotwendiger Waren mit staatlicher Unterstützung, Förderung der Genossenschaften und gemeinwirtschaftlicher Anstalten jeglicher Art nötig — welche Partei vertritt denn diese Forderungen? In engster Verbindung mit der Produktionspolitik kommt es bei der Handelspolitik darauf an, ob sie die Lebenshaltung im Inland und die Ausfuhr am Weltmarkt zu erleichtern vermag. Die Agrarzölle würden diese Hoffnungen zertrümmern und nicht weniger die hohen Industriezölle. Sie würden die Lebenshaltungskosten erhöhen, die Volksgesundheit untergraben, die Produktionskosten steigern und das Ausland zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die der deutschen Ausfuhr abträglich sind. Sie gefährden den wirtschaftlichen Frieden und die Zusammenarbeit der Völker. Eine Rechtsregierung würde aber den Hochzoll einführen — sie würde den Interessen der Volksgemeinschaft und der Volkswirtschaft die einzelner mächtiger Gruppen vorziehen.

Im Geld- und Kreditwesen tut die Verhütung der Inflation und der Abbau der enormen Bankzinsen not. Wird die Leitung der Reichsbank gegenüber einseitigen landwirtschaftlichen Ansprüchen weiter Festigkeit bezeugen? Eine Regierung der Deutschen Nationalen würde versuchen, die Reichsbank zu einer gefährlichen Inflation zugunsten des Großgrundbesitzes zu treiben. Der Staat könnte auf mannigfache Weise — durch Einflussnahme auf die Reichsbank, durch Steuerpolitik und schließlich mit noch energischeren Mitteln — die Banken zur Verfolgung einer vernünftigen Zinspolitik zwingen. Welche Parteien werden sich dieser Aufgabe unterziehen? Die Aufwertungsfrage ist noch ungelöst; wer soll die Vorteile der Aufwertung haben, der Kleinrentner oder die Reichen? Die bürgerlichen Parteien möchten sie den Starben, die Sozialdemokratie den Schwachen zuschanzen.

In der Finanzpolitik harret das Problem der Lastenverteilung der Lösung. Die Steuererhebung ist für die Lebenshaltung der großen Massen, darüber hinaus für die Produktions- und Konsumpolitik von der größten Bedeutung. Vom Ausgang der Wahlen hängt es ab, ob das gegenwärtige ungerechte Steuersystem, das die Staatseinkommen überwiegend aus Verbrauchs-, Verkehrs- und Lohnsteuern aufbringt, beibehalten, ja zum Schaden der Bevölkerung verhärtet wird, oder ob es einem andern, das die großen Profite, das Vermögen, die Erbschaft, den Wertzuwachs des Bodens, die Grundrente zur Steuerleistung heranzieht, Platz machen soll.

Die Richtung der künftigen Sozialpolitik wird von den kommenden Wahlen entscheidend beeinflusst. An der Spitze steht das Problem des Arbeitslosenstandes. Die Wahlen gelten der Rückeroberung dieser großen Erwerbslosigkeit der Nachkriegszeit. Aber auch die übrigen sozialpolitischen Tagesfragen werden nach dem Ausgang der

Wahlen beantwortet werden. Können die Unternehmer ihre begonnenen oder geplanten Angriffe gegen Tarifverträge und Betriebsräte unter dem Schutz des Staates fortsetzen, oder wird der Staat diesen Verträgen und Einrichtungen die Sabotage gegen die Tarifverträge und Schlichtungsorgane, die neuerdings aufgetretene Verhinderung des Streikrechts für die Betriebsräte gehören in dieses Gebiet. Soll der Reichswirtschaftsrat beibehalten werden? Soll der Wohnungsnot abgeholfen werden und auf welche Weise, durch Privatbauten, wozu der Staat Privatkapitalisten Miteigentümer in den Schöpfungsbau, oder durch die Gemeinden? Soll die Arbeitslosenfürsorge entwickelt, sollen ihre heute so lässlichen Leistungen erhöht oder, wie die Unternehmer es wünschen, abgebaut werden? Die Frage muß auch in bezug auf die übrigen Zweige der Sozialversicherung, der Invaliden- und Altersversicherung, gestellt werden, die auf Grund der Selbstverwaltung der Parteien neu organisiert werden sollen.

Wir leben nicht nur am dem Gebiet der inneren und äußeren Politik, sondern auch auf dem der Produktions-, Finanz- und Währungs-, des Geld- und Kreditwesens, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik gehen die Wege weit auseinander, und es hängt vom Ergebnis der Wahl ab, welche von ihnen eingeschlagen werden. A. H.

Konsumvereine und Reichstagswahlen.

Es mag Verwunderung erregen, wenn man die Konsumvereine mit den Reichstagswahlen in Verbindung bringt. Denn die Auffassung ist allgemein in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Konsumvereine als genossenschaftliche Wirtschaftsunternehmungen schon durch die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes behindert sind, irgendwelche parteipolitische Betätigung zu üben oder andere als die im Genossenschaftsgesetz § 1 bezeichneten geschäftlichen Zwecke zu verfolgen. Bei Strafe sofortiger Auflösung ohne irgendwelche Entschädigungsansprüche. Abgesehen davon, widerspricht aber auch Sinn und Zweck der genossenschaftlichen Organisation einer parteipolitischen Betätigung; man kann gleichgültige Wirtschaftsinteressen besitzen und zur Erreichung des gewollten Erfolges oder Zieles sich sogar in einer gemeinschaftlichen Organisation zusammenschließen, ohne deshalb vor seinen politischen, religiösen, kulturellen Weltanschauungsfragen auch nur das Geringste preiszugeben. Die Konsumvereine von heute, deren Mitglieder den — leider — verschiedensten Richtungen der Arbeiterbewegung, dazu aber auch den verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen angehören, würden einander auseinandergedrängt, wenn sie sich parteipolitisch betätigen, am Kampf der Parteien teilnehmen wollten. Der innere Grund, dies nicht zu tun, ist beinahe noch stärker als der äußere, gesetzliche.

Was aber für die Genossenschaft als Wirtschaftsunternehmung nach gesetzlich bestimmten Grundlagen und Grenzen gilt, kann nicht auf das Mitglied der selben angewandt werden. Es ist außerhalb der Genossenschaft, die ihm nur ein gewisses Betätigungsfeld in Vorstand und Aufsichtsrat oder in der Vertreter- und Generalversammlung beläßt, vollkommen frei in seinen politischen Ansichten und Handlungen. Und von hier aus erreicht sofort das politische Interesse der Konsumvereinsmitglieder an den bevorstehenden Reichstagswahlen. Ein ebenso gemeinsames Interesse aller Mitglieder wie an der Zweckbestimmung der Genossenschaft selbst.

An der Zusammenfassung der Parlamente haben die Genossenschaftler ein außerordentlich großes Interesse. Denn mit der steigenden wirtschaftlichen und organisatorischen Bedeutung der Konsumgenossenschaften steigen die gegnerischen Bestrebungen, durch die Gesetzgebung diese Entwicklung zu hemmen oder ganz zu unterbinden. Als Beispiel hierfür kann die Steuerpolitik der einzelnen Landesparlamente gelten, die mit Einkommensteuern, Gewerbesteuern, Warenhaussteuern und während der Vorkriegszeit die Konsumvereine in viel härterer Weise belastete als den Einzelhandel und sogar die Industrieunternehmung. Unter der Einwirkung des Krieges und der Staatsumwälzung ist dies durch die Gesetzgebung der Nationalversammlung in Weimar besser geworden, aber schon reger sich in den Landesparlamenten die Kräfte, um den alten Zustand der Steuerbedrückung für Konsumvereine und der Steuererleichterung für den sogenannten Mittelstand wieder herzustellen, nachdem ein paar Jahre lang wenigstens Licht und Schatten gleichmäßig verteilt waren.

Im Reichstage selbst machte sich die Verschiebung in den Sachverhältnissen der Parteien für die Konsumvereine gegenüber der Zeit von Weimar am härtesten bemerkbar. Während in Weimar unter der unbestrittenen Führung der Sozialdemokratie eine den Genossenschaften im allgemeinen mehr fördernde Gesetzgebung zustande kam — zum Beispiel die Befreiung von den bestehenden Einkommensteuern, die dazu noch ungerecht im höchsten Maße waren, weil die Konsumvereine gar kein Einkommen besaßen —, entwickelte sich schon im Reichstage von 1919 bis 1921 eine Gegenrichtung, die leider von den Demokraten über das Zentrum bis zu den Deutschnationalen führte. Und der am 4. Mai d. J. gewählte Reichstag versprach für die Konsumvereine ein noch viel schlimmeres Gesetzgebungsprogramm als sein Vorgänger. Denn den 100 Sozialisten und 62 Kommunisten standen nach der Probe im vorangehenden Reichstage nahezu 300 bürgerliche Abgeordnete gegenüber, die bereit waren, im Interesse des „Mittelstandes“ ganz wie in den Zeiten vor dem Kriege die Konsumvereine parteipolitisch so weit als möglich anzufassen.

Die Konsumvereinsmitglieder dürfen nicht übersehen, daß die Konsumvereine der Konsumvereine, die infolge ihrer Befreiung beim Umsatz der gleichen Ware den Verbraucher im Durchschnitt mit nahezu 10% belastet, ein großes Unrecht gegenüber den Genossenschaften bedeutet, für das die Mitglieder als Wähler bei den Reichstagswahlen „quittieren“ können.

Unter der Führung der Deutschen Volkspartei (frühere Nationalistische Partei) und der Deutschnationalen, denen sich alle übrigen bürgerlichen Parteien anschließen, wurde die Umsatzbesteuerung der Genossenschaften auch dann noch aufrechterhalten, als von den sozialdemokratischen Parlamentarier nachgewiesen worden war, daß die Umsatzbesteuerung bei den Genossenschaften als Doppelbesteuerung wirkt und die Unternehmungen der kapitalistischen Privatwirtschaft in Handel und Industrie mindestens 40% der Steuern, die

dem Verbraucher abgenommen wurden, unterschlagen. Diese Doppelbesteuerung besteht nämlich darin, daß die Konsumvereine schon beim Einkauf der Ware für ihre Mitglieder die Umsatzsteuer bezahlen müssen, aber auch bei der Abgabe der Waren an die Mitglieder, obschon die Ware durch den Einkauf ins Eigentumrecht der Mitglieder übergegangen war.

Diese Doppelbesteuerung wirkt um so drückender und ungerechter, als bei der kontrollierbaren Buch- und Geschäftsführung der Konsumvereine jede Mark Warenumsatz zur Versteuerung gelangt, während Industrie und Privathandel alle Möglichkeiten der „Durchstecherei“ besitzen und — benutzen, wie die in einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums festgestellte Tatsache beweist, wonach von dem errechneten Umsatzsteuereinkommen höchstens 60% eingingen, also, wie

Der Mißbrauch der Gewalt.

Es wird die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, sich zu organisieren, sich selber freiwillig zu disziplinieren, im eigenen Interesse. Sie hat nichts zu gewinnen dadurch, daß sie ihren Forderungen eine brutale Form gibt. Die proletarische Kultur darf sich der Welt nicht unter dem Gesicht der Milderheit ankündigen. Die zerstörenden Taten haben nicht nur die Wirkung, die Menschheit zu täuschen, Menschheit, die noch mißtrauisch ist gegenüber dem Sinn und Wert der sozialistischen Gedankenswelt, die Schöpfung, Organisation, lebendige Ordnung sein wird. Mer dem Proletariat das Trugbild der augenblicklichen Kraft vorkauelt, lenkt es ab vom Sudien nach der mähtren Kraft, die in der immer ausgedehnteren Vereinerung und in der immer methodischeren Aktion ist. Jean Jaurès.

schon bemerkt, 40% unterschlagen werden. Dabei aber die Konsumvereine bei „Feller und Feinig“ bezahlen müssen.

Handelt es sich nun bei diesen und andern Steuer- und Verwaltungsfragen lediglich um den Schutz der Konsumvereine vor Ungerechtigkeiten und Vergewaltigungen ihres wirtschaftlichen Wesens, das in der Genossenschaft als einer gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsworm wurzelt, so muß auch an die Förderung derselben gedacht werden. Und in diesem Punkt kann erst recht nur die Sozialdemokratie als die Partei bezeichnet werden, der es nicht nur ernstlich darum zu tun ist, sondern die auch die geeigneten Mittel anwendet, um eine solche Förderung zu ermöglichen. Sie respektiert die Selbständigkeit, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Genossenschaften und sucht diese nicht vor den Parteitarren zu spannen und damit ihren Untergang herbeizuführen.

Die Sozialdemokratie anerkennt die gesamte Genossenschaftsbewegung als eine selbständige Wirtschaftsbewegung, die sie ihrem Wesen nach grundsätzlich zu fördern bereit und in der Lage ist, ohne von den einzelnen Genossenschaften irgendwelche Anerkennung und parteipolitische Hilfe zu erwarten. Dagegen müssen vor allem die Konsumvereinsmitglieder wissen, daß die Genossenschaft ihre Wirtschaftsinteressen als Verbraucher vertritt und daß, wer die Interessen der Genossenschaft im Parlament ihres Wesens halber fördert, auf Förderung durch die Mitglieder der Genossenschaft Anspruch hat.

Dies kann nicht bei der Abgabe des Stimmzettels sein Bewenden haben. Die große wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine und die Gefahren, die ihnen von einem reaktionären Reichstag drohen, verlangen gebieterisch von jedem Konsumvereinsmitglied, mitzuarbeiten bis zum Tage der Wahl, um einen Reichstag herbeizuführen, der neben der Erfüllung aller politischen Notwendigkeiten auch Schutz und Förderung der Genossenschaftsbewegung, einschließlich der Konsumvereine, garantiert.

Die neue Sozialpolitik.

In der Resolution des Internationalen Kongresses für Sozialpolitik in Prag wurde von der Geburt einer neuen Sozialpolitik gesprochen. Man wollte damit auf die neuen Zielsetzungen der Sozialpolitik hinweisen, die sich aus den seit dem Kriege veränderten sozialen und materiellen Verhältnissen ergeben. Die alten Aufgaben der Sozialpolitik, in erster Linie die Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit, dann aber der Schutz der Arbeiter vor Unfällen und gesundheitschädlichen Einwirkungen, Schutz der Frauen- und Jugendarbeit, Gewerbeaufsicht, Sozialversicherung, Ausgestaltung der Tarifverträge, Schlichtung von Lohnstreitigkeiten usw. sind bei weitem nicht erledigt. Müssen wir doch gerade jetzt einen bitteren Kampf für den Achtstundentag führen, auch um die andern Fragen der alten Sozialpolitik wird noch überall gekämpft, so gegenwärtig insbesondere um die erträgliche Regelung der Sozialversicherung. Wenn man demnach auch von einer neuen Sozialpolitik redet, so will man damit die neuen Probleme bezeichnen, die neben den früheren zum Gegenstand der Sozialpolitik im weiteren Sinne geworden sind.

Zwei Probleme der neuen Sozialpolitik wurden auch auf dem Prager Kongress behandelt: die Betriebsrätefrage und die Arbeitslosenfürsorge. Die Betriebsrätefrage wurde nach Kriegsende in den Vordergrund gestellt; das Problem der Arbeitslosenfürsorge hat durch die ungeheure Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit eine andere Gestalt gewonnen, so daß sie in der Tat ein neues sozialpolitisches Problem darstellt.

Die Betriebsräte waren als Werkzeuge der industriellen Demokratie gedacht und sollten nicht nur in die Arbeitsverhältnisse eingreifen, sondern sich auch als Organe für die Kontrolle der Produktion betätigen. Sie wurden nur in wenigen Ländern, wie Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und Norwegen, eingeführt und haben sich in mancher Hinsicht sehr gut bewährt, wenn sie auch als Organ zur wirksamen Kontrolle der Produktion vererbt noch nicht in Frage kamen. In den vergangenen Jahren der politischen und sozialen Reaktion mußte die Ein-

führung der Betriebsräte in den Ländern, wo solche noch nicht bestanden, um so mehr zurückgestellt werden, als die Arbeiterklasse infolge der Wirtschaftskrisen ihre Kräfte zur Bekämpfung anderer, näherliegender Aufgaben gebrauchte. Nun ist es aber an der Zeit, die Betriebsrätefrage wieder aufzurollen und die Forderung einer besseren Ausgestaltung der Betriebsräte dort, wo sie bereits vorhanden sind, sowie ihrer Einführung in den übrigen Ländern zu erheben. Die Resolution des Prager Kongresses betonte diese Notwendigkeit, wenn sie auch in der Bestimmung des Wirkungsbereiches der Betriebsräte nicht weit genug ging, ja hinter dem in Deutschland und Österreich bereits Erreichten zurückblieb.

Das ungeheure Ausmaß der Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit macht ganz andere Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung notwendig, als sie vor dem Kriege üblich waren. Wirksame und leistungsfähige Systeme der Arbeitslosenversicherung müssen überall eingeführt, das Recht der Arbeitslosen auf Unterstützung muß fest verankert werden. Wichtiger noch als die Arbeitslosenunterstützung ist die präventive Arbeitslosenfürsorge, die der Entstehung der Arbeitslosigkeit vorbeugt. Hierzu gehört in erster Linie die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch entsprechende Verteilung der öffentlichen Arbeiten, der staatlichen Bestellungen und auf andere Weise. Die Frage führt aber noch tiefer und es fragt sich, ob nicht durch geeignete Maßnahmen die Krisen verhütet oder wesentlich abgeschwächt, ein Ausgleichen der regen und stauen Wirtschaftskrisen herbeigeführt werden kann. Die Stabilisierung der Preise wurde auch auf dem Prager Kongress als wichtiges Mittel zu diesem Zweck gefordert, was wiederum zum Problem der Regelung des Kreditwesens führt. Fast man alle diese weiterentwickelten Fragen unter dem Begriff der Sozialpolitik, so kann man die Erweiterung dieses Begriffes erkennen.

Während der Wirtschaftskrisen enthüllte sich deren wahrer Charakter als der einer Kaufkraftkrisis, hervorgerufen durch die ungleichmäßige Verteilung der Einkommen, die sich wegen der Verarmung der europäischen Volkswirtschaften verstärkt fühlbar macht. Diese Erkenntnis zwingt eine wahre Sozialpolitik, die bessere Verteilung des Volkseinkommens nicht nur durch eine energische Lohnpolitik, sondern auch durch Beeinflussung der Preisbildung anzustreben. Was alles darunter zu verstehen ist, kann man hier nur andeuten. Diese Beeinflussung schließt die Einflussnahme auf die Organisation der Produktion, insbesondere auch der Warenzirkulation, in sich. Die Industriemonopole führen ebenso zu übersteigerten Preisen wie der seit dem Krieg sehr erhöhte Gewinnanteil des Zwischenhandels an dem Verkaufspreis. Der Kampf gegen den Preiswucher bildet demnach einen immer wichtigeren Teil der Sozialpolitik. Konstruktiv aber ist die Unterstützung der Produktiv- und Konsumgenossenschaften eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik zum Zwecke der Erhöhung der allgemeinen Kaufkraft. Auch hat die Handelspolitik, vom Gesichtspunkt der Sozialpolitik gesehen, in dieser Periode der schärfsten Kaufkraftkrisis an Bedeutung gewonnen, es ist ein Verdienst des Internationalen Kongresses in Prag, daß er den Gedanken des Freihandels in seines sozialpolitischen Wichtigkeit stark hervorgehoben hat.

Ein neuer Zug der heutigen Sozialpolitik ist die immer wachsende Erkenntnis der Notwendigkeit einer internationalen Regelung der Sozialpolitik. Es erübrigt sich hier, die absolute Notwendigkeit eines internationalen Ausgleiches auf dem Gebiete der Sozialpolitik mit Gründen zu belegen. Das Internationale Arbeitsamt ist ein wichtiges Instrument im Dienste dieser Bestrebungen. Es zeugt von einem beginnenden Wiedererwachen des sozialen Bewusstseins in der Welt, das Hand in Hand mit wichtigen politischen Umwandlungen erfolgte, daß in der letzten Zeit von einer großen Anzahl von Ländern die Ratifizierung der verschiedenen Verträge von Washington, Genf und Genewa vorgenommen wurde. Unter den Fragen, die einer internationalen Regelung harren, soll die Wanderungsbewegung — die Ein- und Auswanderung — hervorgehoben werden. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt haben eine Umichtung der Produktion und der Arbeitskraft im großen Maßstabe unvermeidlich gemacht, deren Härten und Schwierigkeiten durch internationale Regelung vermindert werden können.

Als wichtigen Bestandteil der neuen Sozialpolitik möchten wir die neue Arbeitsforschung bezeichnen, die ihren Ausgangspunkt in der Erkenntnis der überragenden Wichtigkeit der Erhaltung und Schonung der menschlichen Arbeitskraft hat. Das große Ziel der „Menschenökonomie“ wird mit den wissenschaftlichen Mitteln der Forschung gefördert. Dienen die Bestrebungen zur Standardisierung der Produktion, die Methoden eines Taylors, eines Fords der Verbilligung der Produktion, so sind die erwähnten arbeitspsychologischen Forschungen, die Fragen der Ermüdung, der Ruhepausen, der besten Ausnutzung der freien Zeit des Arbeiters usw., vom Gesichtspunkt der Schonung der Arbeitskraft, der Menschenökonomie, geleitet.

Wenn man so die weiterentwickelten Ziele der neuen Sozialpolitik zusammen mit deren alten Aufgaben betrachtet, so wird man verführt, zu sagen, daß die Erfüllung der hier geschilderten sozialpolitischen Forderungen durch Ausschaltung der größten Mißstände nur die bestehende Gesellschaftsordnung, das heißt den Kapitalismus, verstärkte, und deshalb einen rein konservativen Faktor darstelle. Ohne Zweifel gibt es Leute, die der Sozialpolitik aus solchen Motiven das Wort reden. Die so denken, können sich aber leicht einer Täuschung hingeben. Prüft man die geschilderten sozialen Maßnahmen auf ihren wirklichen Inhalt hin, so sind darin in den meisten Fällen schon die Keime einer künftigen Gesellschaftsordnung enthalten. Nimmt man zum Beispiel den vielleicht bedeutendsten Punkt der neuen Sozialpolitik, den der Krisenverhütung, so wird man versucht, zu behaupten, daß die Ausschaltung, ja Abschwächung der Wirtschaftskrisen das kapitalistische System verewigen helfe. Wenn wir aber die einzelnen Maßnahmen, die einzig zum Ausgleich der stauen und regen Wirtschaftskrisen führen können, betrachten, so sehen wir, daß sie in ihrer Gesamtheit sehr weitgehende Eingriffe in die kapitalistische Ordnung bedeuten. Die Zentralisierung und Verstaatlichung des Kreditwesens, die staatliche Kontrolle des Monopolkapitals, die Regelung des Zwischenhandels, der Ausbau des Genossenschaftswesens, die Wichtigkeit und Neuordnung der öffentlichen Arbeiten — alle diese

Mahnungen zur Krisenverhütung verlangen eine weitgehende Beeinflussung der kapitalistischen Wirtschaft durch die Gesellschaft. Damit wollen wir noch nicht behaupten, daß die hier geschilderte Sozialpolitik uns allein zum Sozialismus führen könne. Diese Behauptung wäre ebenso unhaltbar wie die andere, daß die Sozialpolitik nur die kapitalistischen Kräfte stärke. Es kommt darauf an, in welchem Weite die sozialpolitischen Neuerungen erstrebt und durchgeführt werden. Wird die Arbeiterchaft folgerichtig dazu erzoogen, die Sozialpolitik immer unter dem Gesichtspunkt der sozialen Neuordnung, sie nur als Schritte auf einem weiterführenden Wege zu betrachten, verliert sie nie das Endziel aus den Augen, so wird sie, statt den Kampf um die neue Gesellschaftsordnung zu hindern, ihr die Wege bereiten.

Kapitalistische Widerstände gegen den sozialistischen und gewerkschaftlichen Propagandafilm.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben: In Nummer 43 der „Gewerkschaftszeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnächst ein sozialistisch-gewerkschaftlicher Propagandafilm erscheinen würde. Es würde auch angedeutet, welche Widerstände dieser der Schaffung eines solchen Films entgegen gestanden haben. Nun ist der Film erschienen. Er zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst recht einsehen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß das Problem allgemein gut gelöst wurde. Der Film steht inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgends eine aufdringliche Tendenz, alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil geradezu enthusiastische Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unaufdringliche, jedoch äußerst wirksame Tendenz ist es, was die kapitalistischen Instanzen wachgerufen und die neuen Widerstände herausbeschworen hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirksame Schlusszene wenigstens zu unterbrechen. In anderen Orten des Reiches hat das Filmkapital es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer derart zu organisieren, daß ganze Landesteile die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausschüssen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Ausführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeitertreibern stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsarbeiten zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Propagandamittel nicht von bürgerlichen und furchtsamen Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn es gar nicht anders geht, müßten sie eigene Vorstellungen veranstalten. Sie müßten sich damit zugleich auch im Kampf gegen den vielfachen Schund und Kitsch im Film ein Verdienst erwerben, für das die Arbeiterchaft ihnen sicher danken wird.

Aus unserem Beruf.

Breslau. In unserer letzten Mitgliederversammlung gab Kollege Müller den Weisheitsbericht. Von seinen Ausführungen interessierte am meisten die Wiedereinführung der Unverjährung und die abgelehnte Verschmelzung. Die Versammelten waren der Ansicht, die Unterbringungsätze sollten etwas höher bemessen werden; mit der Ablehnung der Verschmelzung waren alle einverstanden. Die anderen Beschlüsse wurden debattelos zur Kenntnis genommen. — Hierauf berichtete Kollege Rosenberger über die Lohnverhandlungen. Daraus war zu entnehmen, daß die Arbeitgeber nur 70 % Stundenlohn anerkennen und außerdem forderten, daß ein Leistungsstaris binnen 4 Wochen vereinbart wird. Die Lohnkommission hat beides abgelehnt; Sache der Versammlung sei es, darüber zu entscheiden. Mit dem geforderten Leistungsstaris hat es folgende Bewandnis: Ein aus Oberschlesien zugewandelter Herr Simmenauer, der hier selbständig arbeitet, hatte einem Kollegen einen größeren Betrag vom Lohn mit der Begründung einbehalten, daß der Kollege zu wenig geleistet hätte. Darauf erfolgte Klage beim Gewerbegericht. Kollege Rosenberger war dabei als Sachverständiger anwesend und Herr Simmenauer hatte den Obermeister, Herrn Hansen, als seinen Beistand gewählt. Der Gewerbeichter fragte, ob im Tarifvertrag eine Leistungsnorm vorhanden sei. Kollege Rosenberger erklärte, daß etwas Derartiges im jetzigen Tarifvertrag nicht festgelegt sei. Herr Hansen erklärte ebenfalls, daß nichts Schriftliches darüber vereinbart, aber „im Geiste“ bestehe die Leistungsnorm weiter. Kollege Rosenberger berichtete weiter, daß Herr Simmenauer zur Zahlung verurteilt wurde; denn auf eine einseitige geistige Leistungsvorleistung kann auch der Gewerbeichter kein Urteil im Sinne des Herrn Simmenauer fällen. Bezeichnend ist aber, daß dieser Herr nach Verkündung des Urteils zum Kollegen Rosenberger sagte: „Ich werde Ihnen zeigen, daß eine Leistungsnorm kommt.“ — Weiter teilte Kollege Rosenberger mit, daß von der Innung folgendes Schreiben eingelaufen ist: „Die erweiterte Lohnkommission hat die dortseitige Forderung auf 75 % Stundenlohn abgelehnt und ab 1. November, nützlich bis Ende Februar 1925, für Breslau einen Grundlohn von 70 % pro Stunde für Malergehilfen (Anstreicher etc.) zugestimmt. Tritt in der Zwischenzeit eine erhebliche Teuerung ein, so erklären sich die Arbeitgeber zu neuen Lohnverhandlungen bereit. Als Voraussetzung für die Lohnhöhung ab 1. November 1924 gilt jedoch die Schaffung eines Leistungsstarises in der zugesagten Zeit von 4 Wochen. Wir erwarten Ihre Erklärungen bis zum 23. dieses Monats, ob unsere Forderung auf 70 % Stundenlohn Annahme findet oder nicht. Des weiteren bitten wir Kenntnis zu nehmen, daß im Wagenlackergerberie gesondert verhandelt werden soll. Bezüglich einer Lohnhöhung in einzelnen Provinzen erwarten wir Ihre gütigen Vorschläge zur Weiter-

gabe und Entscheidung an die betreffenden Ortsgruppen.“ Kollege Rosenberger erklärte den Sinn des Schriftstückes etwas näher. Wenn es zu Anfang des Schriftstückes heißt: „Die erweiterte Lohnkommission“, so ist zu bemerken, daß die Meistervereinigung der eigentlichen Lohnkommission nicht mehr traut und zu ihrer Überwachung noch 21 Meister hinzugewählt hat. Die Forderung auf einen Leistungsstaris sei auf Herrn Simmenauer zurückzuführen. Dieser Herr weiß natürlich nicht, daß die frühere Leistungsnorm von den Arbeitgebern selbst als nicht zeitgemäß und jede Qualitätsarbeit hindernd verworfen wurde. Aber dem Herrn kommt es ancheinend nicht auf die Qualität der Arbeit, sondern auf die Menge der geleisteten Arbeit an. Wenn das in Breslau Grundlohn werden sollte, so werden die Hausarbeiten nach oberösterreichischem Muster auch hier in Erscheinung treten. Wie zerrissen der schlesische Arbeitgeberverband ist, geht daraus hervor, daß die zentrale Lohnkommission nicht wagt, für die Provinzorte neue Löhne festzusetzen. Das ganze Schreiben sei ein Diktat der Arbeitgeber gegen die Gehilfen zur ungünstigen Zeit, und das sollten sich alle merken und zu gegebener Zeit auf dem Posten sein. Auf Grund des Berichtes kam es zu einer erregten Diskussion. Alle Redner verlangten, daß jede weitere Verhandlung unter Vorsitz eines Unparteiischen stattfinden solle. Die Löhne im Wagenlackergerberie und in der Industrie sind den Baumalern gleichzustellen. Der diktierte Lohn von 70 % die Stunde wird wegen der vorgerückten Jahreszeit angenommen; aber von allen Rednern wurde betont, daß das Frühjahr 1925 für Schlesien im Maler- und Lackiergerberie eine Kampfsperre sein wird, und die schlesischen Meister können sich, bei Herrn Simmenauer Rat und Arbeitskräfte holen! Von den deutschen Kollegen wird erwartet, daß sie Schlesien im nächsten Frühjahr meiden; eine scharfe Agitation unter den Säumnigen soll einleiten. Die hiesige Malereigenschaft soll im Frühjahr zeigen, wie sozialdenkend der Betrieb ist. Also, Kollegen, trisch auf uns Wert! Die Vorarbeiten müssen bald in Angriff genommen werden, zeigt, daß Ihr auf dem Posten seid!

Hannover. (Verufsunfall.) Vor kurzer Zeit berichteten wir, daß ein Kollege beim Fensterputzen abstürzte und sofort tot war. Unlängst hat dieser bedauernde Unfall in der Werkstätte den Meister Liert nun zur besonderen Vorsicht gemahnt hätte, hielten sich Meister und Gehilfen beim Aufhängen einer Schrift am Hause ein Gerüst, das beim Betreten gleich umfiel. Beide zogen sich schwere Verletzungen zu und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bei Anwendung von geeigneten Vorsichtsmaßnahmen hätten die Unfälle vermieden werden können. Wie lange noch wird es Kollegen geben, die infolge Gleichgültigkeit gegenüber den notwendigen Schutzmaßnahmen Leben und Gesundheit auf Spiel setzen? (Notwendig ist es aber auch, daß unsere Kollegen nicht veräugen, uns stets über alle derartige Vorkommnisse zu unterrichten. D. Red.)

Wismar. Eine Warnung an reisende Kollegen! Gar oft können unsere Kollegen im „Arbeitsmarkt“ lesen: „Tüchtige Lackierer bei gutem Verdienst gesucht, Reisegeld wird vergütet usw. Waggonfabrik der Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.G., Berlin.“ Diejem Hüfe sind aus allen Gegenden Deutschlands einige reiselustige Kollegen gefolgt mit der Absicht, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Besagte Kollegen haben zum Teil ihre besser bezahlten Arbeitsstellen aufgegeben und, hier angekommen, das Gegenteil erleben müssen. Dazu kommen die nicht sehr lobenswerten Verhältnisse in der Waggonfabrik, zumal für einen jungen Menschen, der gewillt ist, in seinem Fach ein tüchtiger Kollege zu sein oder zu werden. Die „gute“ Bezahlung, von der man schreibt, liegt darin, daß man im Wert eifrig dabei ist, die bis jetzt zum Teil mit 35 bis 40 % verrechneten Akkordsätze zu kürzen auf 10 bis 15 %. Der Stundenlohn beträgt für einen Kollegen über 22 Jahre 47 %, dazu sollen kommen bei wirklich angestrengtester Akkordarbeit in neunstündiger Arbeitszeit 10 bis 15 %. Das ist ein Stundenlohn in Akkord von rund 52 bis 55 %. Ueber die sonstigen Verhältnisse in der Waggonfabrik soll hier einwörtlich nichts weiter berichtet werden. Um jedoch dem Wunsche der abgereisten Kollegen, die zum Teil aus Not 8 Tage lang arbeiteten, gerecht zu werden, wollen wir die Warnung aussprechen: Kollegen, die Ihr in Arbeit seid oder Ausschichten auf wirklich besseren Verdienst und Arbeitsmöglichkeit habt, meldet die Waggonfabrik Wismar! Im Auftrage der auf diese Art betroffenen Kollegen.

Eingefandt.

Aus Nürnberg schreibt uns der Sektionsleiter der Lackierer: Zum Eingefandt in Nr. 42 unseres Verbandsorgans muß ich mit besonderer Freude feststellen, daß es endlich ein Kollege gewagt hat, sich mit einer Frage zu befassen, die unbedingt ernstlich besprochen werden muß. Die Lohngestaltung durch den M.W. ist tatsächlich eine derart ungenügende, daß, wenn nicht bald eine Verbesserung eintritt, zur Selbsthilfe geschritten werden muß. Sind doch die Löhne seit Mai auch hier am Orte für unsere Kollegen in der Industrie nicht mehr geblieben. Ja, es kostete manche Auseinandersetzung, um das Gegenteil zu verhindern, verspürte doch mancher Unternehmer Lust, Lohnabbau vorzunehmen, trotz andauernder Preissteigerung aller Lebensmittel. Zweimal wurde bis jetzt ergebnislos über Lohnverbesserung verhandelt. Einmal vom M.W. mit der Forderung auf 25 % Zuschlag, während die Unternehmer 15 % Abbau wollten. Durch Urteilspruch im Sozialministerium (München) gab es keinen Zuschlag, aber auch keinen Abbau; es blieb beim alten. Hier schlug man zugunsten der Unternehmer 2 Fliegen auf einmal. 14 Tage später kam es abermals zu Verhandlungen, wo durch Urteilspruch 5 % zugewilligt wurden. Die Unternehmer zeigten sich auch diesmal sehr nobel und lehnten abermals ab, weil die Forderung zu hoch war. Vom M.W. wurde dem Angebot auch keine Zustimmung gegeben, da es mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen sei. Nach langer Stille wurde uns endlich, am Dienstag, 4. November, mitgeteilt, daß glücklich die 5 % gerettet sind. Es ist bezeichnend, wie auch Kollege U. anführte, daß dort die Spitzenlöhne für gelernte Kollegen noch 40 bis 45 % betragen und daher eine Differenz von 25 bis 30 % pro Stunde zwischen den Baumalern und dem Industrielehre vorhanden ist. Die Spannung ist hier am Orte zwar nicht so groß, aber nachdem unsere Kollegen in

Bausach vom 1. November an 85 % Mindestlohn pro Stunde erhalten, so ist doch noch eine Differenz von 10 bis 15 % pro Stunde zu verzeichnen. Angesichts einer solchen Situation kann man eine derartige Lohn- und Arbeitszeitpolitik des M.W. nicht anerkennen. Hier muß tatsächlich, und zwar bald, ein ernstes Wort darüber gesprochen werden, ob es noch länger angebracht ist, sich unter den Zwang eines Kollektivabkommens zu stellen oder, wie der Kollege auch anführte, die bestehenden Tarifgemeinschaften aufzuheben. Ich für meine Person war schon von jeher ein Gegner solcher gemeinsamen Tarifabmachungen und werde es auch weiterhin bleiben, wenn sich die beiderseitigen Gegensätze nicht bessern sollten. Denn mein Standpunkt ist der, daß die große Zahl unserer Berufskollegen in der Industrie doch auch einen Nachfaktor darstellt, mit dem sich schon ein etwaiger Druck ausüben läßt. Über betrachten wir die Sache einmal näher, wo eigentlich das Grundübel liegt! Wie steht es denn mit der beruflichen Organisation innerhalb der Betriebe? Einfach jämmerlich! — Sind doch unsere Kollegen in den andern Organisationen zerstreut, wie das Laub im Walde, teils im Sattler-, im M.W., Schuhmacher-, Fabrikarbeiterverband usw., kurz, in allen bestehenden Organisationen. Man sollte annehmen, daß die Kollegen weit mehr Interesse für ihre eigene Berufsorganisation zeigen würden, die doch allein dazu berufen ist, mit Hilfe der Kollegen alle Fragen, sei es die Verbesserung unserer Löhne oder auch die Verbesserung auf hygienischem Gebiete, zu lösen. Tatsächlich! Bieviel könnte ganz besonders für uns Lackierer anders sein, wenn endlich alle Kollegen dazu übergehen würden, sich geschlossener unserer eigenen Berufsorganisation anzuschließen. Nur so kann und wird es dann möglich sein, unsere Forderungen und Wünsche durchzusetzen. Und wenn es sein muß, auch einen Kampf zu führen, der uns mit Sicherheit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringt. Deshalb sei die Parole: Alle, die in den Lackierwerkstätten arbeiten, ob in der Industrie oder in Privatunternehmungen: Hinein in unsern Verband! Jetzt beginnen die langen Wintermonate, sorge jeder Vertrauensmann sowie Betriebsrat, daß sich unsere Reihen enger schließen, und das kann geschehen, wenn wir öfters uns zusammensinden, um Stellung zu all den oben angedeuteten Fragen zu nehmen. Und hier muß jeder Kollege mitwirken, wenn es auch bei uns Lackierern wieder vorwärtsgehen soll. Dann wird es uns auch mit Hilfe unserer Organisation möglich sein, diese schon längst berechtigten Forderungen und Wünsche zu erhalten. Kollege U. führte auch die Frage der Verschmelzung zu Industrieverbänden an. Solange die Lackierer innerhalb der Industrie, aus Mangel an organisatorischem Zusammenschluß, sich wenig um die Dinge kümmern und solange wir von seiten des M.W. so stiefmütterlich behandelt werden, besteht für mich noch keine Gewähr, daß sich für die Zukunft auch nur das geringste verbessern wird. Und wenn man die Ausführungen des Kollegen aus Breslau sowie meine Ergänzungen dazu mit der Frage „Verschmelzung“ vergleicht, so wird man zugeben müssen, daß unter solchen Umständen die Frage unbedingt zu verneinen ist. Ich will heute in dieser Frage nicht zu weit gehen, nur den einen Wunsch habe ich, daß sich zu dieser äußerst wichtigen Sache noch mehr Kollegen äußern. G. V.

Sozialpolitisches.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt in der letzten Zeit eine merkliche Besserung des Beschäftigungsgrades. Die Wirkungen des Londoner Abkommens machen sich, wenn auch sehr langsam, geltend. Die verschiedensten Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere der ausführliche Bericht im „Reichsarbeitsblatt“, der sich auf die Angaben der Krankenkassen, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik erstreckt, spiegeln die verbesserte Lage wider. In Bezug auf die Arbeitslosigkeit war die Abnahme laut bisher veröffentlichten Angaben weniger auffallend als bei der Kurzarbeit. So sank nach dem Bericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Zahl der Kurzarbeiter von 52 % im August auf 33 % im September, und auch seither wurde eine Belebung dieser Industrie gemeldet. In der Holz- und Bekleidungsindustrie ist ohne Zweifel eine Besserung zu verzeichnen. Freilich liegen noch große Industriezweige danieder. Im Ruhrgebiet erfolgten neue Betriebsstillegungen. Auch erstreckt sich der Aufschwung in der Textil- und Schuhindustrie zumeist auf die ganz billigen Massenprodukte; die allgemeine Kaufkraft reicht nicht zur Beschaffung besserer Waren. Die Frage, ob die leichte Besserung nachhaltig sein wird, kann schwer beantwortet werden. Die Lohnlage ist immer noch sehr gedrückt und hat bereits eine Anzahl von Lohnkämpfen ausgelöst, denen sicherlich andere folgen werden. Die Kaufkraft des Inlandes ist demzufolge weiter sehr niedrig. Die Ausfuhr ist im September gegenüber dem August zurückgegangen. Wegen der hohen Preislage kann die Ausfuhr nicht oder nur zu Verlustpreisen vor sich gehen, zumal die ausländische Konkurrenz die Preise für schwerindustrielle Produkte wiederholt herabgesetzt hat. Die Handelsbilanz war im September nach zweimonatiger Aktivität wieder passiv geworden, und zwar nicht nur wegen des Rückgangs der Ausfuhr, sondern wegen der erheblichen Steigerung der Einfuhr. Insofern diese Steigerung auf Rohstoffe entfällt, wird dies der Produktion der nächsten Monate zugute kommen. Es wurden aber in steigenden Mengen auch Fertigfabrikate und Lebensmittel eingeführt. Die während des Sommers erlaubte Getreideausfuhr hat große Mengen Getreide dem Inland entzogen, die jetzt zu höheren Preisen vom Ausland zurückgekauft werden müssen. Die Preislage bleibt andauernd hoch. Die Maßnahmen zur Preisfestung bleiben bisher teils wirkungslos, teils unausgeführt. Die erheblichen Ueberschüsse der Staatseinnahmen erlauben die Herabsetzung einiger drückender Steuern. Die Umsatzsteuer soll um noch 1/2 % auf 1 1/2 % herabgesetzt werden. Zu einer energischen Steuerreform wird es aber vorerst nicht kommen. Die Verkehrsanstalten zeigen inmitten der Wirtschaftskrise steigende Einnahmen. So meldete die Post seit April einen Ueberschuß von 50 Millionen Goldmark. Hier wäre Raum für weitergehende Tarifermäßigung.

Der Leistungsstarisvertrag. Die Unternehmerverbände fordern neuerdings die sogenannten Leistungsstarisverträge, worunter sie die vertragliche Festlegung einer unteren Lohngrenze für die einzelnen Gruppen ohne Berücksichtigung des Lebens- oder Dienstalters verstehen. Die über die untere Gehaltsgrenze hinausgehenden Gehaltsätze soll der Unter-

Vom 9. bis 15. November ist die 46. Beitragswoche.

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse für Monat Oktober.

Eingegangen haben: Apolda 51,50 M., Augsburg 120, Afshaffenburg 110, Bamberg 890, Bayreuth 150, Berlin 4400, Bielefeld 200, Braunschweig 180, Breslau 1610, Cassel 874, Chemnitz 650, Coblenz 25, Cottbus 209,44, Cuxhaven 14, Darmstadt 938, Detmold 200, Dortmund 1000, Dresden 3000, Duisburg 150, Düsseldorf 600, Elberfeld 600, Erfurt 250, Eschwege 413,60, Essen 1850, Flensburg 840, Frankfurt a. M. 5350, Frankfurt a. d. O. 300, Freiburg 200, Fürstenwalde 12, Gera 300, Gießen 200, Gotha 900, Göttingen 165, Grimberg 133,40, Guben 70, Güstrow 100, Halle 400, Hamburg 9605, Hamm 187,84, Hannover 1210, Herford 100, Hildesheim 400, Hof 150, Hoyerwerda 48,60, Jena 100, Jüterbog 20, Karlsruhe 405, Kiel 500, Köln 900, Königsberg 1200, Konstanz 90, Köslin 130, Lehr 51,90, Leipzig 3000, Liegnitz 130, Ludau 60, Lützenwalde 150, Lüdenscheid 50, Magdeburg 1450, Mainz 128,82, Mannheim 500, Meerane 200, München 2040, Münster 200, Neumünster 100, Niesky 56,85, Nürnberg 1790, Osnabrück 130, Plauen 300, Remscheid 185,70, Regensburg 17, Regensburg 150, Hofstadt 200, Saarbrücken (1000 Fr.) 219, Schneidemühl 40, Schweinfurt 109,50, Schwerin 354,25, Singen 39,11, Spremberg 50, Straßburg 170, Stuttgart 1000, Swinemünde 130, Ulm 184,85, Weimar 200, Werbau 80, Wesel 60, Wiesbaden 3600, Wismar 65, Worms 100. J. Heirich, Kassierer.

Sterbetafel.

Berlin. Am 29. Oktober starb der Kollege Otto Nifmann, geboren am 27. März 1880 in Berlin.
Cassel. Nach langem, schwerem Leiden starb am 12. Oktober an Blaugiftung der Gründer unserer Zahlstelle Herrfeld, Kollege Friedrich Schmidt, 88 Jahre alt.
Stettin. Am 3. November starb unser Mitglied Wilhelm Krüger im Alter von 87 Jahren an Wassersucht.
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Die Filialen werden gebeten, beim Austausch des Kollegen Joseph Fische!, Buchnummer 90 282, sofort die Filiale Duisburg davon in Kenntnis zu setzen. — Anschrift: Heinrich Nordwald, Duisburg, Sternschweg 118.

Verlegbares Malerlineal, in jeden Arbeitstoffer passend, Preis inkl. Verpackung u. Nachnahme 2 M. Karl Mitzscherlich, Waagen, Glinzstr. 48.

Auf vielseitiges Verlangen verschiedener Kollegen habe ich mich entschlossen, Lehrkurse in der Holz- und Marmoralelei

Holz- und Marmoralelei

in meiner Werkstatt abzuhalten. Es sind 4 Kurse festgesetzt, und zwar vom 24. bis 29. November, 1. bis 6. Dezember, 8. bis 13. Dezember, 15. bis 20. Dezember.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß jedem Kollegen Gelegenheit gegeben ist, sich in der Holzmalerei gründlich auszubilden. Es wird nur praktisch an Möbeln gearbeitet und übernehme volle Garantie, daß jeder Kollege nach Beendigung des sechsstägigen Kurses ein Schlafzimmer in jeder gewünschten Holzart herstellen kann.

Sämtliche Holzarten werden in Wasserlasur gezeitigt (außer Deleiche), wie es tatsächlich in der Praxis gebraucht wird. (Gerichtliche Güte von echt kaum zu unterscheiden.)

Jeder Teilnehmer hat 8 Holztafeln mitzubringen, davon sind 3 Stück Eiche und 2 Stück Kirschbaum gestrichen.

Das Honorar für den sechsstägigen Kursus beträgt 30 M. Übernahme aber volle Garantie, daß jeder als Holzmaler nach Hause geht.

Täglicher Unterricht von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Anmeldungen erbeten an

Max Schumann, mehrfach geschulter und geprüfter Malermeister, Oschag, Dresdner Straße 14. Telefon 312.

Guten Verdienst

und eine lohnende Beschäftigung suchen? Maler, die mit leichtem Mühe zu Hause vom Tisch aus wöchentlich 50 bis 75 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von tausenden Kollegen mit Erfolg benutzten Buchstaben-Pausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakaten, Malereien sowie zur Herstellung von Plakat- und Schilderalelei aller Art zusehen. Mit Hilfe meiner Buchstaben-Pausen kann jeder sofort die saubersten Glasschilder-Malereien herstellen. Ganz besonders wirkungsvoll sind die neuen Aluminium-Glasschilder-Malereien, die etwas wirklich Vornehmeres sind. Ganze Serie Buchstaben-Pausen bestehend aus 14 Doppelalphabeten, jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten und in 6 verschiedenen Größen von 2 bis 7 cm, sowie Zeichen, Zahlen und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen, nebst fertigen Kristallglaschildern mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von allein 3 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillantaluminium und genauer Gebrauchsanweisung, kostet nur 8,50 Goldmark gegen Nachnahme ab hier. Albin Huttmacher, Maler, Hilden-Süd (Rheinland). Um den Herren Kollegen die Anschaffung ohne Risiko zu gestalten füge ich bis auf weiteres gratis jeder Bestellung 3 geschliffene und gehobte Kristallkaiser mit Facette zur Selbstanfertigung von Namensschildern bei, welche fertiggestellt einen Wert von 2 M. darstellen.

Warum sollen wir Extrabeiträge zahlen an die Nationale? Es ist wirklich leicht, sich bei vielen Mitgliedern Gehör zu verschaffen. Menschliche Naturen mit solch innewohnender Eigenliebe finden immer einen Ausweg, um sich ihren Pflichten zu entziehen. Das ist wahrlich nicht männlich gehandelt und es ist schwierig, diese Vorgänge mit dem Ruf nach organisatorischem Zusammenschluss in Einklang zu bringen. — Ueber diese Vorgänge wurde auf dem letzten „Vereinigten Nationalen Maler-Kongress“ diskutiert und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der Kongress bedauert, dass als Resultat des letzten Kampfes ein Vorschlag unterbreitet ist, eine Gegenorganisation gegen die National Society of Painters in Manchester zu gründen. Der Kongress ist der Meinung, dass diese Bewegung nur den Lauf der eigenen Organisation in der Industrie hemmt und setzt sich dem entgegen. Wir verabscheuen eine solche Handlung und trachten danach, unsere Reihen zu schließen und nicht zu spalten. — Die Mitglieder, die im Moment wankend sind, müssen ihr Gewissen befragen und ihren Verpflichtungen gegen die Kollegen nachkommen. — Die nächsten Monate sind Monate der Prüfung. Wir wollen ihnen entgegensehen mit Courage und Vertrauen in unsere Kraft. Mit diesem Geist ebnen wir den Weg für bessere Tage und bereiten uns vor, unsern Kampf von neuem auszufechten. Zum Schluss nochmals: Hört nicht auf den Ruf derer, die versuchen, uns zu spalten, der Weg führt in den Abgrund!

Im Anschluss an den letzten Streik hat das Zentral- und Exekutiv-Council auf Grund des § 13 Ziffer 1 und § 12 Ziffer 2 Extrabeiträge ausgeschrieben.

Verschiedenes.

Von der Erziehung zum Künstler. In einem Aufruf des staatlichen Bauhauses zu Weimar sagt Walter Gropius: Die alten Kunstschulen müssen wieder in der Werkstatt aufgehen. Diese nur zeichnende und malende Welt der Musterzeichner und Kunstgewerbetler muß endlich wieder eine bauende werden. Wenn der junge Mensch, der Liebe zur bildnerischen Tätigkeit in sich verspürt, wieder wie einst seine Bahn damit beginnt, ein Handwerk zu erlernen, so bleibt der unproduktive „Künstler“ künftig nicht mehr zur unvollkommeneren Kunstübung verdammt, denn seine Fertigkeit bleibt nun dem Handwerk erhalten, wo er Vortreffliches zu leisten vermag. Architekten, Bildhauer, Maler, wir alle müssen zum Handwerk zurück! Denn es gibt keine „Kunst von Beruf“. Es gibt keinen Wesensunterschied zwischen dem Künstler und dem Handwerker. Der Künstler ist eine Steigerung des Handwerkers. Gerade des Himmels läßt in seltenen Lichtmomenten, die jenseits seines Willens stehen, unbewußt Kunst aus dem Werk seiner Hand erblühen, die Grundlage des Werkmäßigen aber ist unerlässlich für jeden Künstler. Dort ist der Urquell des schöpferischen Gestaltens.

Fachliteratur.

„Deutsche Malerzeitung die Mappe.“ Verlag: Georg D. W. Kolwey, München. Das vorliegende Novemberheft enthält: Tafel 29: Dede und Wand mit altgermanischen Motiven, von Ferdinand Oden in Hannover; Tafel 30: Dede mit Wandstück, von Emil Rod in Leipzig; Tafel 31 und 32 mit den symbolischen Darstellungen Jagd und Fischeret von Oskar Michel.

Literarisches.

Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam in den Jahren 1922 bis 1924. Kommissionsbericht der Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. 322 Seiten. Preis 4 Goldmark. Das soeben erschienene Buch enthält zunächst den Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Jahre 1922 bis 1924, mit ausführlicher dokumentarischer Darstellung der Verhandlungen über die „Einheitsfront“ zwischen Amsterdam und Moskau und der Versuche der internationalen Gewerkschaftsbewegung, den wirtschaftlichen Weltkrisen Europas herbeizuführen; ferner die offiziellen Berichte über die Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, die Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Internationalen Berufssekretariaten, den Dritten ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress, alle drei in der Zeit vom 21. Mai bis 6. Juni 1924 in Brüssel abgehalten. Dem Buche sind eine Anzahl Photographien beigefügt. Das Buch ist für alle, die sich über die internationale Gewerkschaftsbewegung unterrichten wollen, unentbehrlich. Der billige Preis von 4 Goldmark erlaubt jedem Interessenten die Anschaffung.

Neue Wege zum Kleinwohnungsbaue. Ein Problem der Selbsthilfe. Von Dr.-Ing. Martin Wagner. Herausgegeben von der Reichswohnungsfürsorge Abteilung für Beamte, Angestellte und Arbeiter Berlin S 16. 121 S. 12. Verlag: „Vorwärts-Buchdruckerei“, Berlin SW 68, Lindenstr. 2. Preis 75 A. Dieses Heft enthält von dem bekannten Vorkämpfer auf dem Gebiet des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues Vorschläge zur Reorganisation des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues auf dem Gebiet der Selbsthilfearbeit im Kleinwohnungsbaue. Jeder Gewerkschafter sollte dieses Heft lesen, da es praktische Wege aufweist, wie die Gewerkschaften über den reinen Lohnkampf hinaus in Richtung auf die Gemeinwirtschaft wirken können. Dieses Heft ist um so bedeutungsvoller, als nach den in ihm enthaltenen Vorschlägen bereits eine Anzahl solcher Dachgenossenschaften in Berlin, Frankfurt a. M., Königsberg, Essen, Dessau ufm.) entstanden sind.

Der Neue Welt-Kalender für 1925 ist soeben in feiner künstlerischer Ausstattung erschienen. Der Verlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. hat in dankenswerter Weise sich bemüht, diesen bekannten Weltkalender zeitgemäß auf neue anzupassen. Sowohl der Umschlag als auch die Monatsblätter lassen die Mitarbeit tüchtiger Künstler erkennen. Ein Preisverbreiter „Voa“ von Max Erbmann wird als Gratisbeigabe allgemeine Anerkennung finden. Der reiche Inhalt mit vielen Illustrationen ist so vielseitig, anziehend, belehrend und unterhaltend, daß er allen Ansprüchen, die an einen wirklich guten, empfehlenswerten Hauskalender gestellt werden, genügt. Und trotzdem beträgt der Preis des Neuen Welt-Kalenders nur 60 A., in also in Anbetracht der Leistung als äußerst niedrig zu bezeichnen. Möge der Kalender in Stadt und Land in jedem Arbeiterheim eine Stütze finden.

Wir sind jung... Gedichte von Jürgen Brand. Berlin 1924. Preis 1,20 M. 32 A. in Galbleinen gebunden 70 A. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Der Name Jürgen Brand, unter dem der frühere Bremer Lehrer, Genosse E. Sonnemann, als Schriftsteller geteilt, hat in der sozialistischen Arbeiterkämpfe einen guten Klang. Neueren Kreisen ist unter Genosse bekannt geworden durch seinen mannlichen Kampf gegen die Schulpflicht, die ihn im Jahre 1912 als den ersten in der Arbeiterklasse werden es daher mit Freude begrüßen, daß ihnen der Verlag der Sozialistischen Arbeiterjugend in einem hübsch angelegten Bändchen eine Sammlung der Brand'schen Gedichte und Prosa vorlegt. Gerecht, junge Freunde, für die weiteste Verbreitung des Buches!

nehmer aus eigener Entscheidung bestimmen. In einem Aufsatz von Kurt Swolinsky in „Der freie Angestellte“ wird darüber klargestellt, daß in manchen Kreisen der Arbeiterschaft diesem Bestreben der Unternehmerverbände bereitwillig Folge gegeben wird. Die wichtigsten Argumente gegen den Leistungsstarifvertrag lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: 1. Die Gesamtsumme der ausgezahlten Gehälter würde beim Leistungsstarif sicherlich niedriger sein als beim gegenwärtigen Tarifvertragssystem. 2. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Bestimmung der Leistungen wäre nicht möglich, sie stünde zu der Absicht der Unternehmer in Widerspruch. 3. Die große Arbeitslosigkeit und die jede Freizügigkeit unterbindende Wohnungsfrage würde die Scharen der Arbeiter dazu zwingen, die Stellen auch zum Mindestgehalt zu übernehmen; so wird der Leistungsstarifvertrag zum Werkzeug des Lohndruckes. 4. Die in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen würden voraussichtlich nur Mindestgehälter bekommen, um die Gewerkschaftsbewegung auch auf diese Weise zu schädigen. 5. Endlich ist der Leistungsstarifvertrag eigentlich kein Tarifvertrag mehr, ja, er ist eine andere Form der früheren individuellen Bezahlung und damit das Ende des Tarifvertrages.

Die Vergewandung im Kapitalismus. Der Sachverständigenausschuß des englischen Nationalrates der Arbeiterschaft, der sich aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Arbeiterpartei und der Parlamentsgruppe der Arbeiterpartei zusammensetzt, hat ein Gutachten darüber ausgearbeitet, warum eine Unterproduktion in dem Sinne besteht, daß in der Produktion nicht die wirtschaftlich und sozial größtmögliche Leistung erreicht werden kann. Am Schlusse des Gutachtens werden die Gründe für diese Tatsache folgendermaßen zusammengefaßt: 1. Die Produktionsleistung der Industrie ist bedeutend geringer, als sie sein könnte und sein muß. 2. Die Verantwortung für diese geringe Leistungsfähigkeit tragen das gegenwärtige System der industriellen Organisation und die Unternehmerschaft, sowohl im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit. 3. Die Hauptquellen der Verschwendung und ungenügenden Leistung sind: a) die den Arbeitern nicht gewährte Ständigkeit, Verantwortlichkeit und Kontrolle; b) fehlende Arbeitsfreude bei Arbeit für die Bereicherung der Unternehmer; c) Unsicherheit der Arbeiter und Perioden der Beschäftigungslosigkeit; d) Wirkungen der Konjunkturschwankungen; e) ungeeignete, schadhafte und veraltete Maschinen, Arbeitsstätten und Ausrüstungen, fehlerhafte Werkanlagen; f) mangelhaftes Zusammenarbeiten zwischen Produzenten und Industriezweigen; g) fehlerhafte Organisation der Arbeit; h) Fehler im Transportsystem; i) willkürliche Produktionsbeschränkungen zwecks Preiserhöhung; k) lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, gesundheitschädliche Arbeitsbedingungen.

Vom Ausland.

Der zweite ordentliche Gewerkschaftskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei findet vom 6. bis 10. Dezember 1924 im Schützenhaus zu Karlsbad statt. Ausser den allgemeinen Berichten stehen zur Tagesordnung: Die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei und die Gewerkschaften, Organisationsfragen, das Bildungswesen, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsvermittlung, Arbeiter- und Angestelltenrecht und die Sozialpolitik in der Tschechoslowakei.

England. Dem Oktoberheft unseres englischen Bruderverbandes entnehmen wir einen Bericht des I. Sekretärs, Kollegen Gipson:

Wir sind jetzt dabei, unsere Organisation umzubauen. Das ist eine riesige, doch dringende Aufgabe und wird — wie wir wohl wissen — von unsern Mitgliedern auch Opfer fordern. Ebensovohl wissen wir, dass der siebenwöchige Streik die Frauen beziehungsweise die Familien unserer Mitglieder zu grossen Einschränkungen zwingt, um auf den alten Stand zurückzukommen. Solche Konflikte haben stets schwere Folgen. Die einzige tröstliche Tatsache ist dabei, dass die Bedingungen weit schlechter wären, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen nicht in der Lage wären, Kämpfe durchzuführen.

Es war ein unglücklicher Zustand, dass der Streik gerade gegen Ende des Jahres ausbrach, so dass uns nur noch einige Wochen bleiben, uns zu erholen, bevor die andere Tragödie im Leben unserer Mitglieder heranreicht — die Arbeitslosigkeit. Das ist eine unangenehme Erscheinung, die sich jeden Winter wiederholt und von der zirka 15—25% unserer Mitglieder betroffen werden. Um so schlimmer und grausamer ist dieser Zustand jedoch noch, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, unsere unglücklichen Kollegen in diesem Winter eine Beihilfe zu gewähren.

Jeder wird mit uns in der Ansicht übereinstimmen: Wir können und dürfen nicht teilnahmslos verharren. Dieser harten und kalten Tatsache müssen wir mit Courage entgegensehen und bestimmt handeln im Geiste der Organisation. Wir haben — wie schon erwähnt — nur einige Wochen, uns vorzubereiten und können diese Vorbereitung deshalb nicht mehr auf eine längere Periode hinausschieben. Es ist absolut notwendig, dass alles getan wird, was irgendwie möglich ist, um die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern. Dies wird uns mehr möglich sein als irgendeiner andern Sektion der Bewegung, weil wir von unsern Mitgliedern bedeutend mehr verlangen als andere Organisationen.

Es sind diverse Resolutionen für die Bildung einer Union eingegangen und viele laufen nebenher, dass die von dem Streik in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen von der Zahlung von Extrabeiträgen frei sein sollen. Außerdem haben wir die Tätigkeit von einigen Kollegen in Manchester — besonders von unserer ehemaligen Mass- und Branch- die einzige der leitenden Revolutionäre — im Rücken, die während des Streiks gegen uns zu Felde gezogen und von der Idee besessen sind, sie seien die wahren Befreier. „Kommt heraus in den Kampf“, rufen sie, „und verbindet die Lokalisation.“